

N i e d e r s c h r i f t

HFA/VII/19

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 24.01.2008 im Sitzungszimmer des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin

Fliß, Thomas

Haßler, Christa

Löchtefeld, Klaus

Neumann, Michael

Reints, Hermann

Schröer, Martin

Vertretung für Herrn Horst
Kuhl

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Isfort, Werner

Homerig, Antonius

Fuchs, Maria

Allgemeiner Vertreter

Kämmerer

Fachbereichsleiter

Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Kuhl, Horst

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

23:30 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienen Zuhörer sowie Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellte fest, das mit Einladung vom 15. Januar 2008 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.11.2007 auf Einführung eines "Bürgerlichen Vorschlagswesens" Vorlage: VII/615/1

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläuterte Ausschussmitglied Reints ausführlich den Antrag auf Einführung eines „Bürgerlichen Vorschlagswesens“. Im Haushalt der Gemeinde Rosendahl sollte nach seiner Auffassung als ‚Starthilfe‘ ein Betrag von 1.000 € für die Einführung eingestellt werden. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, dieser Vorlage zuzustimmen und Vorschläge zu erarbeiten, wie das „Bürgerliche Vorschlagswesen“ in die Tat umgesetzt werden könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Großen und Ganzen befürworte. Den Ausführungen der Verwaltung unter Punkt 3 – Berücksichtigung eines „Bürgerlichen Vorschlagswesens bei der Diskussion zur Aufstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes - und Punkt 6 – Umsetzung des „Bürgerlichen Vorschlagswesens“ im Rahmen des LEADER-Projektes – auf Seite 2 der Sitzungsvorlage könne man sich allemal so anschließen. Die Einstellung von Haushaltsmitteln halte er nicht für notwendig.

Ausschussmitglied Neumann begrüßte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Die Einführung eines „Bürgerlichen Vorschlagswesens“ könne zu einer finanziellen Entlastung für die Gemeinde führen. Dennoch lasse sich das betriebliche Vorschlagswesen nicht ohne weiteres auf die Gemeinde übertragen. Die WIR-Fraktion könne sich vorstellen, dass Personen, die etwas vorschlagen, wodurch die Gemeinde nach vorne gebracht werde, z.B. beim Neujahrsempfang öffentlich hervorgehoben werden. Es müsse nicht unbedingt Geld in die Hand genommen werden, oftmals reiche auch ein Lob. Das Ehrenamt müsse gefördert werden, das Ehrenamt jedoch mit Geld zu vergüten halte er für problematisch. Die Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses lehne die WIR-Fraktion ab. Abschließend schlug er vor, dass eventuell der Bürgermeister aus seinen Verfügungsmitteln Prämien zahlen könne.

Ihr gefalle die Idee, das „Bürgerliche Vorschlagswesen“ im Rahmen des LEADER-

Projektes mit einzubringen, so Ausschussmitglied Haßler. Das LEADER-Projekt sei ein guter Ort für das „Bürgerliche Vorschlagswesen“. Wenn man gemeinsam plane, komme immer mehr aus verschiedenen Richtungen. Darüber hinaus sei sie überzeugt, dass man im Rahmen eines gezielten Projektes Leute für das „Bürgerliche Vorschlagswesen“ gewinnen könne. Die Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses lehne sie jedoch ab, da hierdurch die Ratsmitglieder noch mehr Zeit für ihr Ehrenamt aufbringen müssten und Zeitkapazitäten nicht mehr vorhanden seien.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass viele Firmen mittlerweile die Möglichkeiten erkannt hätten, die sich aus dem Vorschlagswesen ergeben. Dies sei gut, weil man im Laufe der Jahre betriebsblind werde. Jemand, der von außen komme, sehe alles aus einem anderen Blickwinkel. Rat und Gemeinde müssten dieses Projekt begleiten. Dies sei zwar aufwändig, aber dennoch sollte die Chance genutzt werden, da von außen durchaus Vorschläge kommen könnten, die umsetzbar seien. Er sprach sich für die Einrichtung eines Ausschusses aus.

Fraktionsvorsitzender Steindorf verwies auf seine Erfahrungen aus der Arbeit in zwei anderen Räten. Dort habe er miterlebt, wie für derartige Angelegenheiten Ausschüsse initiiert worden seien. Beide Projekte seien jedoch gescheitert. Er sei daher gegen die Einrichtung eines eigenen Ausschusses und befürworte den Vorschlag, im Rahmen des LEADER-Projektes Ideen zu sammeln.

Er könne dem Antrag nicht zustimmen, wenn 20 % der eingesparten Mittel ausgeschüttet werden sollen, so Ausschussmitglied Fliß. Er könne sich nur vorstellen, dass eine Belobigung durch eine Ehrung z.B. beim Neujahrsempfang erfolge.

Ausschussmitglied Reints wies darauf hin, dass der Antrag und die Sitzungsvorlage lediglich Diskussionsgrundlage seien. Auch die Verwaltung scheine ein gewisses Interesse an der Einrichtung eines „Bürgerlichen Vorschlagswesens“ zu haben.

Er könne sich schon vorstellen, dass es Bürger gebe, die Vorschläge einreichen, so Bürgermeister Niehues. Es kämen ja heute bereits Bürger in die Bürgermeistersprechstunde. Im Rahmen der Bürgermeistersprechstunde habe bereits einmal ein Bürger einen Verbesserungsvorschlag für den Bauhof gemacht. Er persönlich rechne mit 1 – 2 Ideen, die geprüft werden müssten. Dies wäre vom Grundsatz her machbar.

Ausschussmitglied Fliß wies darauf hin, dass geklärt werden müsse, wie sich der Bürger an die Gemeinde wenden könne. Er schlug z.B. eine Nutzung des Internets vor.

Bürgermeister Niehues führte aus, dass vorher festgelegt werden müsse, wie mit den Vorschlägen umgegangen werde.

Ausschussmitglied Neumann schlug vor, im Internet ein Projektblatt einzustellen. Die Verwaltung solle anschließend die Vorschläge sichten und der Haupt- und Finanzausschuss solle entscheiden, was durchführbar sei.

Fraktionsvorsitzender Branse äußerte die Auffassung, dass der Haupt- und Finanzausschuss zunächst den Rahmen für das „Bürgerliche Vorschlagswesen“ festlegen solle, damit die Verwaltung Vorschläge unterbreiten könne, wie das Vorschlagswesen umgesetzt werden könne.

Ausschussmitglied Haßler begrüßte den Vorschlag, einen Vordruck zur Unterbreitung von Vorschlägen ins Internet einzustellen. Sie fürchte aber, dass keine Vorschläge kommen.

Ausschussmitglied Reints vertrat die Auffassung, dass die Bürger motiviert werden müssten. Die Bürger müssten mobilisiert werden, sich mit ihrer Gemeinde zu befassen. Ein weiteres Instrument in Form des „Bürgerlichen Vorschlagswesens“ halte er nicht für kontraproduktiv.

Ausschussmitglied Schröder wies darauf hin, dass es nicht möglich sei, heute bereits die Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Die grobe Linie könne aber durchaus bereits festgelegt werden.

Ausschussmitglied Neumann richtete die Bitte an die Verwaltung, ein vorbereitetes Formblatt ins Internet zu stellen. Dann solle abgewartet werden, welche Vorschläge unterbreitet werden würden. Anonyme Anträge sollten aber nicht berücksichtigt werden.

Ausschussmitglied Reints stellte den Antrag, 250 € für die Einführung eines „Bürgerlichen Vorschlagswesens“ in den Haushalt einzubringen. Darüber hinaus solle ein Formblatt ins Internet eingestellt werden.

Bürgermeister Niehues fasste die vorherigen Ausführungen der Ausschussmitglieder zusammen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Zur Einführung eines „Bürgerlichen Vorschlagswesens“ wird im Internet der Gemeinde ein Vordruck hinterlegt, mit dem sich Bürgerinnen und Bürger mit einem entsprechenden Verbesserungsvorschlag an die Verwaltung wenden können.
2. Die eingegangenen Vorschläge werden anschließend durch die Verwaltung überprüft. Machbare Vorschläge werden dem Haupt- und Finanzausschuss zur Entscheidung vorgelegt.
3. Im Haushalt 2008 werden 250 € für eventuell notwendige Sachkosten für die Umsetzung des Projektes eingestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Antrag des Sportvereines Schwarz-Weiß Holtwick e.V. auf Übernahme der Materialkosten zur Erhöhung des Zaunes auf der Westseite des Rasenplatzes im Sportzentrum Holtwick
Vorlage: VII/637

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Auf entsprechende Nachfrage von Ausschussmitglied Löchtefeld teilte Bürgermeister Niehues mit, dass im Moment erst ein Angebot vorläge. Bevor jedoch ein Auftrag ergehe, würden mehrere Vergleichsangebote eingeholt.

Ausschussmitglied Reints äußerte die Auffassung, dass es sich um Kosten des laufenden Betriebes handle, deren Kosten der Sportverein zutragen habe. Er halte es nicht für richtig, dass diese Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden sollten. Zum Schutz der Nachbarn würde er dem Antrag jedoch zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf vertrat die Auffassung, dass der Sportverein gesellschaftspolitische Aufgaben übernehme. Hier werde Konfliktmanagement betrieben.

Der Verein habe lediglich angefragt, ob sich die Gemeinde an den Kosten beteilige. Hinsichtlich der Aussage des Vereins in seinem Schreiben vom 12. Dezember 2007, dass die Rücksichtslosigkeit beim Zurückholen der Bälle zu Spannungen zwischen Nachbarn und Sportlern führe, vertrat er die Auffassung, dass die Sportler teilweise lediglich tollpatschig seien.

Ausschussmitglied Neumann wies bezugnehmend auf die Ausführungen von Ausschussmitglied Reints darauf hin, dass es eine gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe sei, den Leuten zu ermöglichen, Sport zu betreiben. Es sei begrüßenswert, dass die Sportvereine diese Aufgabe übernehmen. Die WIR-Fraktion sei der Auffassung, dass dem Antrag auf Materialkostenübernahme zugestimmt werden solle. Zur Aussage des Fraktionsvorsitzenden Steindorf, dass die Sportler teilweise tollpatschig seien, wies er darauf hin, dass den Sportlern Benimmformen beigebracht werden müssten.

Fraktionsvorsitzender Branse machte darauf aufmerksam, dass aus dem Antrag die Enttäuschung herausgelesen werden könne, dass der Sportverein SW Holtwick keinen Kunstrasenplatz erhalten habe. An dieser Stelle über das Benehmen der Sportler zu diskutieren, führe zu nichts. Der Zaun müsse her und zwar nicht für den Sportbetrieb, sondern als Schutz für die Anwohner. Ein Sportplatz in der Nachbarschaft bringe genug Unannehmlichkeiten mit sich.

Ausschussmitglied Reints ergänzte, dass aufgrund der Tatsache, dass der Sportplatz in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung liege, Konflikte vorprogrammiert seien. Er habe auch das Gefühl, dass der SW Holtwick einen kleinen Nachschlag wolle. Er trage den Antrag mit, und zwar für die Anwohner.

Ausschussmitglied Hassler stellte den Antrag, über den Antrag des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick abzustimmen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss**:

Dem Antrag des Sportvereines Schwarz-Weiß Holtwick e.V. auf Übernahme der Materialkosten für die Erhöhung des Zaunes auf der Westseite des Rasenplatzes im Sportzentrum Holtwick wird stattgegeben. Die entsprechenden Mittel werden im Haushalt 2008 bei dem Produkt 20 – I/08.001 – Sportanlagen – bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4 Durchführung des LEADER-Projektes für die Region "Baumberge";
hier: 1. Benennung eines Ratsmitgliedes und dessen Stellvertreter für die Lokale Aktionsgruppe (LAG)
2. Verlustabdeckung für das Regionalmanagement
Vorlage: VII/635**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er schlug vor, dass sich der Ausschuss zunächst mit der Benennung des Ratsmitgliedes und dessen Stellvertreters beschäftigen solle.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erläuterte, dass sich die CDU-Fraktion Gedanken gemacht habe, um eine vom ganzen Rat getragene Person zu benennen. Die CDU-Fraktion schlage daher als ständiges Mitglied Franz-Josef Schulze-Baek und als Vertreter Theodor Henken vor.

Der gesamte Ausschuss signalisierte Zustimmung zu den von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Personen.

Hinsichtlich Punkt 2 des Beschlussvorschlages verwies Bürgermeister Niehues auf die ausführlichen Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Er teilte mit, dass sich der potentielle Regionalmanager den Ausschussmitgliedern in der Sitzung am 6. März 2008 vorstellen werde. Es müsse eine Anschubfinanzierung geleistet werden, um den Prozess zum Laufen zu bekommen. Die Durchführung des Regionalmanagements verursache, wie in der Sitzungsvorlage ausführlich erläutert, bei der wfc einen Jahresfehlbetrag von 30.000 €. Der jährliche Anteil für die fünf Städte und Gemeinden der LEADER-Region Baumberge betrage somit jeweils 6.000 €. Da der Regionalmanager zunächst für zwei Jahre eingestellt werden solle, benötige die wfc die formale Absicherung, dass die Mittel für zwei Jahre bereitgestellt werden. Wie die Umsetzung der Projekte konkret erfolge, müsse abgewartet werden.

Ausschussmitglied Reints wies darauf hin, dass er das Projekt nicht von ganzem Herzen mittrage, weil er glaube, dass nicht alles realisiert werde, was man sich heute davon verspreche. Er glaube viel mehr, dass Projekte durchgeführt werden, die vom Grundsatz her in Ordnung, aber nicht zwingend notwendig seien. Dennoch trage er heute das LEADER-Projekt mit.

Die Benennung von Herrn Schulze-Baek sowie Herrn Henken als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in der Lokalen Arbeitsgruppe halte er für gut, teilte Fraktionsvorsitzender Bräse mit. Im zweiten Punkt gehe es nun darum, das Projekt zu finanzieren. Da ja bereits beschlossen worden sei, das Projekt durchzuführen, müssten die Mittel bereitgestellt werden.

Ausschussmitglied Neumann bat um Einzelabstimmung.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgende **Beschlussvorschläge für den Rat**:

1. Als Mitglied und als stellvertretendes Mitglied des Gemeinderates Rosendahl in der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) für die LEADER-Region „Baumberge“ werden benannt:
 - Herr Franz-Josef Schulze-Baek als ordentliches Mitglied.
 - Herr Theodor Henken als stellvertretendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Übertragung des Regionalmanagements für den Zeitraum 2008 bis 2013 auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Coesfeld GmbH (wfc) wird zugestimmt.

Der der wfc durch die Wahrnehmung des Regionalmanagements der LAG-Baumberge entstehende zusätzliche Fehlbetrag in Höhe von höchstens 60.000 € pro Jahr wird, soweit er nicht durch Fördermittel aus der LEADER-Förderung abgedeckt wird (50 %), zunächst für die Jahre 2008 und 2009 anteilig durch die Gemeinde Rosendahl übernommen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

5 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 Vorlage: VII/636

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie die 1. Änderungsliste, die den Ausschussmitgliedern vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt ausgehändigt wurde. Er wies darauf hin, dass etliche Produkte bereits in den zuständigen Fachausschüssen vorberaten worden seien.

Bürgermeister Niehues fragte nach, ob gewünscht sei, den Haushalt Seite für Seite durchzusprechen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erwiderte, dass seitens der Fraktionen die einzelnen Punkte im Haushalt gezielt angesprochen werden sollten. Seine Fraktion habe sich intensiv mit dem Plan befasst.

Änderungsliste

Anschließend wurde auf Wunsch der Ausschussmitglieder zunächst die Änderungsliste einer umfassenden Betrachtung unterzogen. Änderungen wurden eingehend erläutert, Verständnisfragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet.

Produkt 10: 01.015 - Gebäudemanagement

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte ausführlich die Änderungen im Produkt Gebäudemanagement, insbesondere zu der vom Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschlossenen Berücksichtigung eines Ansatzes von 5.000 € zur energetischen Betrachtung weiterer öffentlich genutzter gemeindlicher Gebäude. Nach einer Rückfrage mit dem Ingenieurbüro Seeger könne mit diesem Ansatz eine Erstüberprüfung aller noch in Frage kommenden Heizungsanlagen oder aber eine Gesamtbetrachtung (Heizung und Gebäude) der Grundschulen und Turnhallen in Darfeld und Holtwick durchgeführt werden. Einzelheiten hierzu seien zu gegebener Zeit zu prüfen. Ggf. sei es erforderlich, in einem zweiten Schritt (eventuell für 2009) ergänzende Mittel bereit zu stellen.

Des Weiteren teilte Allgemeiner Vertreter Gottheil mit, dass die Energiekennzahlen für den Bereich der Grundschulen für den endgültigen Haushaltsplan aufgeteilt würden. Im Übrigen würden die Kennzahlen für Heizenergie für die Turnhallen/ Lehrschwimmhalle korrigiert, da sich hier der Fehlerteufel eingeschlichen habe

Produkt 12: 03.001 - Grundschule

Ausschussmitglied Söller bat um Mitteilung, wie hoch die Kosten seien, die die Gemeinde Rosendahl für die Einrichtung von drei Offenen Ganztagschulen habe. Insbesondere erbat er Informationen darüber, wie die gemeindlichen Zuschüsse durch die Kolpingsfamilien verwendet werden. Hinsichtlich des im Schul- und Bildungsausschuss beschlossenen Verzichts auf die Erhebung eines Elternbeitrages verwies er auf § 77 GO NW, wonach die Gemeinde, bevor sie über eine Erhöhung der Steuern nachdenkt, vorrangig die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen zu beschaffen habe.

Bürgermeister Niehues verwies auf die mit den Kolpingsfamilien abgeschlossenen Kooperationsverträge. Danach sei spätestens bis zum 31. März des Folgejahres ein Verwendungsnachweis über die Verwendung der gemeindlichen Zuschüsse sowie der Landeszuschüsse vorzulegen. Die Verwendungsnachweise werde er dem Schul- und Bildungsausschuss zur Kenntnis vorlegen.

Ausschussmitglied Söller beharrte darauf, dass er hinsichtlich der Kosten der Offenen Ganztagsgrundschulen eindeutige Zahlen haben wolle.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass sich das gemeindliche Defizit für die drei Gruppen unter Berücksichtigung des Beschlusses des Schul- und Bildungsausschusses vom 23. Januar 2008 auf 44.900 € schuljährlich belaufe.

Ausschussmitglied Reints monierte, dass in der HFA-Sitzung über Beschlüsse aus dem Schul- und Bildungsausschuss diskutiert werde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf entgegnete, dass Herr Söller eine sachliche Anfrage gestellt habe, die nicht zufrieden stellend beantwortet worden sei. Die Diskussion gehe daher weiter.

Ausschussmitglied Söller wies darauf hin, dass der Rat abschließend über den Haushalt entscheide. Der Rat könne den Beschluss eines Ausschusses durchaus zurückholen.

Gesamtergebnisplan – Gesamtfinanzplan

Kämmerer Isfort wies anschließend auf den der Änderungsliste beigefügten Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzplan hin, hier seien die Änderungen aus der Änderungsliste berücksichtigt worden. Das Defizit belaufe sich demnach auf 797.125 €.

Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008:

Zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 teilte Bürgermeister Niehues mit, dass es denkbar sei, den Gesamtbetrag der Kredite in § 2 der Haushaltssatzung zu reduzieren.

Kämmerer Isfort schlug vor, den Gesamtbetrag der Kredite mit 350.000 €, besser jedoch mit 400.000 € in der Haushaltssatzung zu verankern, um damit insbesondere auch Schwankungen im Bereich der Gewerbesteuer abfedern zu können.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass jede unnötige Kreditaufnahme natürlich vermieden werde.

Ausschussmitglied Söller monierte, dass über den Gesamtbetrag der Kredite an dieser Stelle noch nicht entschieden werden könne, da noch keine Entscheidung bezüglich der Steuererhöhung getroffen worden sei.

Er sei der Auffassung, dass man die Steueranhebung nicht ausschließlich unter Liquiditätsaspekten sehen dürfe, so Kämmerer Isfort. Die Vermeidung eines nicht ausgeglichenen Vermögensverzehrs sei Prämisse von NKF.

Entwurf des Haushalts:

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte nach, wo die Leistung der GVV aus der Eigenschadenversicherung in Höhe von 125.000 € im Haushalt veranschlagt worden sei.

Ausschussmitglied Söller ergänzte, dass seinerzeit von Bürgermeister Niehues mitgeteilt worden sei, dass die Versicherung zahle, sobald die Klage erhoben worden sei. Die Klage sei erhoben, er könne aber die Versicherungsleistung in Höhe von

125.000 Euro nicht finden.

Bürgermeister Niehues entgegnete, dass die Versicherung die Zahlung der Versicherungssumme unabhängig vom Ausgang des Verfahrens zugesagt habe. Die Versicherung habe aber keine Aussage zum Zeitpunkt der Auszahlung der Versicherungssumme getroffen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf gab bekannt, dass die CDU-Fraktion einige Kennzahlen ergänzt bzw. geändert haben wolle. Diese Änderungswünsche seien aufgelistet worden.

Ausschussmitglied Schröder händigte die Liste aus. Die Liste wird dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass die Kennzahlen insgesamt überarbeitet werden müssten. Eventuell sei es möglich, die Änderungswünsche der CDU-Fraktion für den Haushalt 2008 mit einzuarbeiten, sie würden aber auf jeden Fall für 2009 berücksichtigt.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass die CDU-Fraktion erfahren habe, dass der Kreis eine Senkung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage um 1 % beabsichtige. Der im Haushalt der Gemeinde Rosendahl veranschlagte Anteilsbetrag könne daher durchaus um 100.000 € reduziert werden.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass er hoffe, dass die Kreisumlagesätze deutlich sinken werden. Wenn jedoch jetzt der Haushaltsansatz gesenkt werde und dieser dann nicht ausreiche, müsse eventuell zu einem sehr frühen Zeitpunkt ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden. Hier sehe er Probleme, da dann gleichzeitig der Jahresabschluss erstellt werden müsse.

Bürgermeister Niehues schlug vor, ggf. mit dem Instrument der Haushaltssperre zu arbeiten.

Dies sei nicht gewollt, so Fraktionsvorsitzender Steindorf. Die allgemeine Kreisumlage solle um 100.000 € gesenkt werden.

Es folgte eine Sitzungsunterbrechung von 21.15 Uhr – 21.25 Uhr.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wiederholte nach Wiederaufnahme der Sitzung den Antrag der CDU-Fraktion, bezugnehmend auf Seite V30, Punkt 3, den Ansatz um 100.000 € für die allgemeine Kreisumlage zu reduzieren, so dass noch 94.000 € Puffer verbleiben. Die 99.000 € aus der Jugendamtsumlage sollten nicht verändert werden.

Bürgermeister Niehues ließ abschließend über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Fraktionsvorsitzender Steindorf gab für die CDU-Fraktion bekannt, dass diese zu gegebener Zeit darüber beraten wolle, was mit dem Erlös geschehe, der dann aus der Veräußerung des Feuerwehrfahrzeugs zur Verfügung stehe.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass der Erlös aus der Veräußerung des Feuer-

wehrfahrzeugs ergebnisverbessernd wirke. Wenn das Geld anderweitig ausgegeben werde, beeinflusse das das Ergebnis.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wiederholte, dass die CDU-Fraktion mit entscheiden wolle, was mit dem Geld geschehe.

Ausschussmitglied Löchtefeld wies darauf hin, dass beim Produkt Wasserversorgung unter dem Sachkonto 529150 ‚Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen‘ auch ein Teilbetrag für die Digitalisierung der Bestandspläne enthalten sei. Er kritisierte, dass er diese Information erst auf Nachfrage erhalten habe.

Kämmerer Isfort erläuterte hierzu, dass es keinesfalls Absicht gewesen sei, die Informationen zur Veranschlagung zurückzuhalten, eine unaufgeforderte Erläuterung in den Beratungen sei bei der Vielzahl der Ansätze versehentlich unterblieben. Es habe keinesfalls die Absicht bestanden, Veranschlagungshintergründe zu verstecken. Unabhängig davon halte er es für unabdingbar, die Digitalisierung in naher Zukunft in Angriff zu nehmen. Die vorhandenen Unterlagen seien weitestgehend unbrauchbar und, wie sich an einem aktuellen Fall zeige, offensichtlich in Teilen auch ungenau.

Ausschussmitglied Fliß regte an, an den Planzahlen bei der Höhe der Personalaufwendungen zu arbeiten. Hier sei es ihm wichtig, realistische Planzahlen zu erhalten.

Kämmerer Isfort wies auf das erhebliche Veranschlagungsrisiko im Bereich der Versorgungsaufwendungen der Beamten hin. Dieser Block erhöhe die Personalausgaben insgesamt.

Fraktionsvorsitzender Steindorf verwies auf die derzeit laufenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Hier stehe eine Forderung von 8 % im Raum. Darüber hinaus verwies er auf die jüngsten Urteile hinsichtlich der amtsangemessenen Alimentation der Beamten. Auch hier stünden eventuell Nachzahlungen an.

Auf die Frage des Ausschussmitgliedes Fliß, ob für die Einzäunung des Minispielfeldes an der Holtwicker Grundschule Mittel im Haushalt eingeplant seien, teilte Allgemeiner Vertreter Gottheil mit, dass zunächst einmal abzuwarten bleibe, ob der Antrag der Grundschule Holtwick überhaupt berücksichtigt werde und ob man für den Fall der Zusage die Bedingungen, die hieran geknüpft seien, annehmen könne und wolle.

Ausschussmitglied Söller vertrat die Auffassung, dass die Einzäunung der Sportverein übernehmen müsse.

Auf Anregung von Ausschussmitglied Fliß sagte Bürgermeister Niehues zu, im Vorbericht für den nächsten Haushalt die Schulden der KAIRO mit aufzunehmen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Fliß, warum auf Seite 407 die 400.000 € Neukreditaufnahme nicht mit aufgeführt seien, sagte Kämmerer Isfort zu, künftig die geplante Neukreditaufnahme zumindest nachrichtlich mit aufzuführen.

Ausschussmitglied Neumann verwies auf den einvernehmlichen Beschluss des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses vom 31. Mai 2007, wonach die Verwaltung den Auftrag erhalten habe, nach geeigneten Räumlichkeiten für ein Jugendhaus für die Offene Jugendarbeit zu suchen. Die Ergebnisse sollen den Ausschüssen sowie dem Rat im Herbst 2008 zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden. Er beantrage daher, im Finanzplan für 2009 beim Produkt Gebäudemanagement 50.000 € für den Umbau eines Jugendhauses bereitzustellen.

Kämmerer Isfort.

Abschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Antrag des Ausschussmitgliedes Reints abstimmen, dass der Haushalt in der Form aufgestellt wird, dass als Defizit lediglich die geplanten Verschuldungsaufwendungen (Verschuldungsverzinsung) stehen bleiben.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erläuterte, dass er den Antrag zunächst innerhalb der Fraktion beraten wolle und ihn daher jetzt ablehnen werde.

Ausschussmitglied Reints wies darauf hin, dass er den Antrag auch für die Ratssitzung aufrecht halte.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	1 Ja-Stimmen
	6 Nein-Stimmen
	3 Enthaltungen

Entwurf der Haushaltssatzung

Kämmerer Isfort verwies auf die geplante moderate Anhebung der Steuersätze. Der Haushalt der Gemeinde weise Defizite aus. Die Gemeinde Rosendahl sei aufgrund des Haushaltsrechts gehalten, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben. Die Forderung des Kreises nach einem ausgeglichenen Haushalt werde in den nächsten Jahren immer stärker werden. Vor diesem Hintergrund sei er der Auffassung, dass ein Minimum an Steuererhöhung erforderlich und darstellbar sei. Er begründete ausführlich, warum er die Steuererhöhung für erforderlich halte. Er sei der Meinung, dass die jetzige Generation die Lasten tragen müsse. Da es nicht möglich sei, deutliche Einschränkungen bei den Leistungen vorzunehmen, sei eine Steuererhöhung mindestens in dieser Höhe unverzichtbar.

Ausschussmitglied Reints sprach sich für die Anhebung der Steuersätze mindestens in der vorgeschlagenen Höhe aus.

Fraktionsvorsitzender Branse verwies darauf, dass es nur die zweitbeste Lösung sei, die Einnahmen zu erhöhen. Der erste Schritt wäre eigentlich, auf der Ausgabe Seite die Ausgaben zu reduzieren.

Ausschussmitglied Schröer sprach sich für eine Verbesserung der gesamten Einnahmesituation aus, da er keine Möglichkeit sehe, die Ausgabesituation zu verbessern. Der Beschluss des Schul- und Bildungsausschusses, auf die Erhebung von Elternbeiträgen zu verzichten, habe ihn rat- und sprachlos gemacht.

Er habe vollstes Vertrauen in die Verwaltung, dass diese Erhöhung absolut notwendig sei, so Fraktionsvorsitzender Steindorf. Er werde daher zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Branse äußerte Bedenken hinsichtlich der geplanten Steuererhöhung.

Ausschussmitglied Löchtefeld wies darauf hin, dass die Steuererhöhung als solches ein großes Problem darstelle. Zum ersten Mal würden Steuern oberhalb der fiktiven Hebesätze erhoben. Bei der Gewerbesteuer liege die Gemeinde Rosendahl damit am oberen Level im Kreis Coesfeld. Der Standort Rosendahl sei nicht der beste, insbesondere im Hinblick auf die Verkehrsanbindung. Auch in der Abwasserproblematik bestünden deutliche Nachteile gegenüber anderen Kommunen. Auch dies sei ein enormer Standortnachteil. Mit den vorgeschlagenen Hebesätzen sei es nun fast unmöglich, noch weitere Betriebe nach Rosendahl zu holen.

Kämmerer Isfort verwies auf die Ausführungen auf Seite 15 im Vorbericht. Die Steuererhöhung sei sicherlich das Schlechteste, was man machen könne, es gebe aber Situationen, da gehe es nicht anders.

Fraktionsvorsitzender Branse appellierte an die Ausschussmitglieder, die geplante Anhebung der Steuersätze aus der Sicht des Steuerzahlers zu betrachten. Für diesen sei das Ende der Fahnenstange erreicht. Der Steuerzahler könne sich nicht wehren, daher werde er nicht zustimmen.

Ausschussmitglied Söller teilte mit, dass er bislang der Auffassung gewesen sei, dass die Steuererhöhung notwendig sei. Nachdem aber nun der Schul- und Bildungsausschuss beschlossen habe, keine Elternbeiträge zu erheben und die Steuererhöhung nun dazu diene, das Defizit auszugleichen, sei er gegen die Steuererhöhung.

Bürgermeister Niehues schlug vor, getrennt über Haushaltssatzung und Stellenplan abzustimmen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgende **Beschlussvorschläge für den Rat:**

1. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2008 mit ihren Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen, die in einer Änderungsliste zusammengefasst sind, sowie der Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernisse hinsichtlich der Abschlussergebnisse im Ergebnis- und im Finanzplan beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

2. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Die Änderungsliste ist dem Protokoll als Anlage I beigelegt.

6 Mitteilungen

6.1 Bushaltestelle Osterwicker Straße in Coesfeld - Anfrage aus der Schul- und Bildungsausschusssitzung vom 23.01.2008

Bürgermeister Niehues teilte bezugnehmend auf eine entsprechende Anfrage im Schul- und Bildungsausschuss mit, dass seitens der Stadt Coesfeld zwischenzeitlich festgestellt wurde, dass die Schulbusse in der jüngsten Vergangenheit nicht wie

vereinbart am Parkplatz vor dem Hallenbad, sondern an der Haltestelle an der Osterwicker Straße gehalten haben. Hierdurch war ein Überqueren der Straße für die Rosendahler Schüler erforderlich. Die Stadt Coesfeld habe dafür gesorgt, dass ab sofort die Schulbusse Richtung Osterwick wieder den Haltestellenbereich auf dem Parkplatz vor dem Hallenbad anfahren. Dadurch sei ein Überqueren der Osterwicker Straße für die Schüler nicht mehr erforderlich.

Ausschussmitglied Löchtefeld regte an, sich vorrangig mit den Problemen der Schülerbeförderung in Rosendahl zu beschäftigen. Hier sei es z.B. so, dass es an der Midlicher Straße ebenfalls kein Wartehäuschen gebe.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass bei einer Überprüfung des Verkehrsverhaltens der Schüler, die die Hauptstraße überqueren müssten, um zur Haltestelle an der Midlicher Straße zu gelangen, festgestellt worden sei, dass kein Kind die Fußgängerampel benutze.

Hinsichtlich des fehlenden Wartehäuschen sagte er Überprüfung zu.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Anfragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in